

■ **Seite 2: Umdenken** – Kuba und die USA normalisieren ihre Beziehungen. Von Volker Hermsdorf ■ **Seite 5: Umbauen** – Ecuador organisiert seine Wirtschaft neu. Interview mit Pedro Páez Pérez ■ **Seite 6: Umschauen** – ein Besuch in Kubas viertgrößter Stadt Camagüey. Von Peter Steiniger ■ **Seite 7: Umstürzen** – Hiram Prats Labrada kämpfte mit Che Guevara im Escambray-Gebirge



AP PHOTO/RAMON ESPINOSA

Revolutionäre Vorbilder für den ganzen Kontinent: Bildnisse von Hugo Chávez und Fidel Castro auf einem Transparent während der Mai-Kundgebung in Havanna 2015

## Obama auf Filzlatschen

Das Verhältnis zwischen Kuba und den USA verändert sich. Doch die Ziele des Imperiums im »Hinterhof« sind dieselben geblieben. **Von André Scheer**

Es ist eine dieser Legenden, die sich im Internet in Windeseile verbreiten, und von denen am Ende niemand weiß, wer sie aufgebracht hat. Fidel Castro soll 1973 bei einer Pressekonferenz in Havanna auf die Frage eines britischen Journalisten, wann Kuba und die USA wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen würden, geantwortet haben: »Wenn sie einen schwarzen Präsidenten haben und es in der Welt einen lateinamerikanischen Papst gibt«. Unnötig zu erwähnen, dass die Originalquelle dieser »Prophezeiung« nirgendwo zu finden ist, auch wenn man auf dem Kontinent des magischen Realismus erst mal nichts ausschließen sollte.

Doch die Veränderungen, die sich im Verhältnis zwischen Havanna und Washington in den

vergangenen Monaten vollzogen haben, waren noch bei Erscheinen der letzten Beilage über die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA) im Juli 2014 kaum absehbar. Nach einem halben Jahrhundert kalten und oft genug auch heißen Krieges der USA gegen die rebellische Karibikinsel hat Barack Obama einräumen müssen, dass die Strategie der Supermacht gegen Kuba gescheitert ist. Die Militärtiefel werden deshalb vorerst in den Schrank geräumt, die Konterrevolution kommt künftig auf »Filzlatschen«, wie es einst Otto Winzer, zwischen 1965 und 1975 Außenminister der DDR, mit Blick auf den Strategiewechsel der Bundesrepublik gegen den Osten formulierte.

Grundsätzlich hat sich nichts geändert. Das beweist schon das Säbelrasseln gegen Venezuela, das im März von Washington per De-

ret zur »Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA« erklärt wurde. Allein diese Provokation, mit der die Obama-Administration auf das strafrechtliche Vorgehen der venezolanischen Justiz gegen mutmaßliche Putschisten und militante Oppositionelle reagierte, dürfte den Kubanern Warnung genug gewesen sein. Ihr Präsident Raúl Castro erinnerte im März bei einem als Reaktion auf die Drohungen gegen Venezuela nach Caracas einberufenen ALBA-Sondergipfel an die Warnungen des in Südamerika als Befreier verehrten Simón Bolívar (1783–1830), dass die USA von der Vorsehung dazu verdammt schienen, Amerika im Namen der Freiheit mit Elend zu überziehen. »Die Vereinigten Staaten sollten endlich erkennen, dass es unmöglich ist, Kuba zu verführen oder zu kaufen, und dass es unmöglich ist, Venezu-

ela einzuschüchtern«, betonte Castro. »Unsere Einheit ist unzerstörbar.«

Im vergangenen Dezember feierte die von Fidel Castro und Hugo Chávez gegründete ALBA ihren zehnten Geburtstag. Aus dem bilateralen Projekt der beiden Comandantes ist inzwischen eine Organisation geworden, die auf der politischen Bühne Lateinamerikas einen selbstbewussten Platz einnimmt und die Position der antiimperialistischen Regierungen des Kontinents vertritt. Aus den zwei Mitgliedern Kuba und Venezuela sind inzwischen elf geworden – Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ecuador, Grenada, Nicaragua, St. Kitts und Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und die Grenadinen sind hinzugestoßen. Diese Solidarität ist, wie es Raúl Castro im März in Caracas feststellte, »die Grundlage der Einheit und der regionalen Integration«.

**A**ls US-Präsident Barack Obama am 1. Juli im Rosengarten des Weißen Hauses erklärte, dass noch im selben Monat die in seinem Geburtsjahr 1961 von den USA einseitig abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Kuba wieder aufgenommen würden, gestand der »mächtigste Mann der Welt« damit zum zweiten Mal seit dem 17. Dezember 2014 öffentlich das Scheitern der bisherigen Politik seines Landes gegenüber dem sozialistischen Nachbarn im Süden ein. »Unsere Anstrengungen, Kuba zu isolieren, hatten einen gegenteiligen Effekt. Die Vereinigten Staaten wurden von unseren Nachbarn in dieser Hemisphäre getrennt«, räumte Obama ein. Sein Außenminister John Kerry erklärte am gleichen Tag, die Öffnung werde dabei helfen, »die Beziehungen in der Region komplett zu verändern«.

Im Klartext heißt das: Die USA stehen nach 54 Jahren Kuba-Blockade vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Nicht die kleine sozialistische Karibikinsel ist isoliert, sondern das mächtige Imperium im Norden.

Eine Voraussetzung dafür war die Prinzipientreue der kubanischen Regierung und die Gradlinigkeit ihrer Außenpolitik, die auch während und nach dem Untergang der sozialistischen Länder Osteuropas und der Sowjetunion die Ziele der Revolution konsequent weiter verfolgt hat. Möglich wurde die Befreiung Kubas aus der von den USA – zunächst erfolgreich – betriebenen Isolation durch den Integrationsprozess Lateinamerikas, für den die Gründung des antiimperialistischen Staatenbündnisses ALBA im Dezember 2004 einen Meilenstein darstellt.

Vor allem Revolutionsführer Fidel Castro hat den Prozess der Annäherung an die Nachbarn immer im Auge gehabt und vorangetrieben. Schon seine erste Auslandsreise nach dem Sieg der Revolution führte ihn als Vertreter der neuen Volksmacht nicht – wie bei Repräsentanten Kubas bis dahin üblich – nach Washington, sondern vom 23. bis 27. Januar 1959 nach Venezuela, wo ein Jahr zuvor die Militärdiktatur gestürzt worden war. In Caracas wurde dem Comandante aus Kuba, der bewaffnet, in Uniform und von weiteren Guerilleros begleitet erschien, von 300.000 Menschen ein begeisterter Empfang bereitet.

### Seit Eisenhower

Schon zu dieser Zeit, nur gut drei Wochen nach dem Sieg der Rebellen auf der Insel, verfolgte US-Präsident Dwight D. Eisenhower das Ziel, das revolutionäre Kuba in der Region zu isolieren. Ein Grund dafür war, dass die neue Regierung sich auch durch Drohungen nicht von der Aufteilung der großen Zucker- und Tabakplantagen und der Verstaatli-



# Eine Zeitenwende

Kuba und die USA normalisieren ihre Beziehungen. Ohne die Erfolge der lateinamerikanischen Integration wäre das nicht denkbar gewesen

Von Volker Hermsdorf

chung der mit US-Kapital finanzierten Versorgungsbetriebe abbringen ließ. Am 3. Januar 1961 brachen die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab und schlossen ihre Botschaft in Havanna. Im Januar 1962 wurde die Insel auf Betreiben Washingtons aus der »Organisation Amerikanischer Staaten« (OAS) ausgeschlossen, der bis dahin alle 35 souveränen Staaten des Doppelkontinents angehört hatten. Die verbleibenden OAS-Länder belegten Kuba mit einem wirtschaftlichen und politischen Boykott, außer Mexiko brachen alle Regierungen nach und nach ihre Beziehungen zur Insel

ab. Die US-Regierung hatte ihr Ziel erreicht, Kuba von den anderen Ländern des Kontinents politisch zu isolieren.

Danach versuchte Washington mit allen Mitteln, ein »Übergreifen« der Revolution auf andere Länder der Region zu verhindern. Jede Bedrohung der US-Hegemonie wurde gnadenlos bekämpft. So besetzten Truppen der Vereinigten Staaten am 28. April 1965 die Dominikanische Republik, um eine »kommunistische Gefahr« abzuwenden. »Wir lassen in der Karibik kein weiteres Kuba zu«, erklärte Präsident Lyndon B. Johnson. In Bolivien wurde die von Che Guevara geführte Guerillabewegung zerschlagen und der schon damals legendäre Comandante auf Anweisung der CIA am 9. Oktober 1967 ermordet. Am 11. September 1973 putschten in Chile faschistische Militärs mit Unterstützung der CIA gegen die demokratisch gewählte Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende. Nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution am 19. Juli 1979 in Nicaragua zettelte die CIA einen brutalen Contra-Krieg gegen die Befreiungsfront und die Bevölkerung an. Am 25. Oktober 1983 diente der Mord an Maurice Bishop, dem linken Premierminister der Karibikinsel Grenada, als Vorwand für eine militärische Invasion der US-Armee.

Nach dem Untergang der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks in Osteuropa schienen die USA am Ziel und Kuba »reif« für den Systemwechsel zu sein. Doch während sich die ehemals sozialistischen Länder ihrem Schicksal ergaben und die Linke in Europa von einer Schockstarre gelähmt wurde, entwickelte Fidel Castro gemeinsam mit dem Vorsitzenden der brasilianischen Arbeiterpartei PT und späteren Staatspräsidenten des südamerikanischen Riesenlandes, Luis Inácio Lula da Silva, das Konzept für ein Forum linker lateinamerikanischer Parteien und Organisationen. Vom 4. bis 6. Juli 1990 fand in der gleichnamigen brasilianischen Stadt mit 48 teilnehmenden Gruppen, darunter der Kommunistischen Partei Kubas, das erste »Forum von São Paulo« statt. Ziel dieses Treffens war die Erarbeitung von gemeinsamen Positionen »für die Erneuerung des linken und sozialistischen Gedankenguts und für die Stärkung der antineoliberalen Organisationen und ihrer antiimperialistischen, sozialistischen und sozialen Ziele«. Außerdem wurden bereits die Grundlagen für ein neues Konzept der Einheit und Integration Lateinamerikas und der Karibik diskutiert.

Das »Forum von São Paulo« hat sich seither zur wichtigsten gemeinsamen Plattform

ANZEIGE

## GegenStandpunkt 2-2015

Aus dem Inhalt:

### Wie Europa vorankommt...

Die frühere Vorstellung, mit der Währungsunion würde quasi sachzwangmäßig und ohne dauernde Widerstände dank der Einsicht in den allseitigen nationalen Nutzen auch die politische Union vorankommen, hat sich gründlich blamiert. Europa kommt ganz anders voran als damals vorstellbar gemacht. Statt einem ‚gemeinsamen Zusammenwachsen‘ findet über Euro-Krise und Ukraine-Krieg ein Kampf um die Unterordnung der Mitgliedsländer unter ihre Gemeinschaftsinstitutionen und unter die Nationen statt, die deren Inhalt und Programm bestimmen. Wenn in diesem Kampf die Androhung des Ausschlusses aus dem Euro-Verband bzw. die Sorge vor dessen Zerstörung ihre Wirkung entfaltet, dann ist die Union vom nationalen Mittel zu einer Existenzbedingung geworden. Die EU-Staatengemeinschaft lebt nicht mehr vom Versprechen allseitigen nationalen Nutzens, sondern davon, dass man ihr nicht mehr schadlos auskommt – die harte Konsequenzen der eingegangenen Abhängigkeiten werden vom Hauptgewinner der Krisenkonkurrenz vorbuchstabiert. Damit müssen die anderen Nationen im Euro fertig werden.

### Die Antworten Frankreichs auf Krise und Krieg in Europa

#### Frankreich kämpft gegen seinen ‚Niedergang‘ – und stärkt so Merks Europa

Das krisen- und konkurrenzgeschädigte Frankreich konkurriert und kooperiert - mangels Alternative - nach den von Berlin durchgesetzten Richtlinien mit Deutschland um die Rolle einer Mit-Führungsnation bei der Durchsetzung eines verbindlichen Euro-Regimes. Und es konkurriert und kooperiert mit Berlin

auch hinsichtlich einer europäischen Antwort auf die ‚Herausforderung‘, die der Ukraine-Krieg für den europäischen Weg der ‚Osterweiterung‘ bedeutet, der im Fall Ukraine in eine offene Gewaltaffäre gemündet ist. Den militärischen Einspruch Russlands gegen das Ausgreifen der EU will Paris nicht hinnehmen, aber auch nicht mit einer Strategie der militärischen Drohung und Eskalation unter Führung der USA beantworten – ein imperialistisches Drangsal, das Frankreich im Ringen um strategischen Führung in Europa schon wieder zur Zusammenarbeit mit Deutschland nötig.

### An Griechenland wird ein Exempel statuiert

Die griechische Linksinregierung arbeitet sich daran ab, mit ihrem bankrotten Staat den harten Konsequenzen eines Euro-Regimes auszukommen, ohne aus dem gemeinsamen Geldverband auszusehen, zu dem Athen keine national brauchbare Alternative sieht. Vergeblich, dank einer deutschen Regierung, die Griechenland vor die Alternative stellt: Euro-Kredit nur gegen ein rigoroses auswärtiges Kommando über den Staatshaushalt, also Geld gegen Souveränitätsverzicht oder bankrott. Damit ist nicht nur Griechenland gemeint: Mit Griechenland als Exempel wollen Schäuble & Co Euro-Europa insgesamt auf die Erfordernisse eines weltweit geschäftsfähigen Euro, auf ein dementsprechend rigoroses nationales Haushaltsregime festlegen.

### Inhaltsverzeichnis unter

[http://www.gegenstandpunkt.com/gs/2015/2/gs152\\_inhalt.pdf](http://www.gegenstandpunkt.com/gs/2015/2/gs152_inhalt.pdf)

Für 15 € zu beziehen über den Buchhandel oder durch Bestellung an  
GegenStandpunkt Verlags Gesellschaft mbH, Kirchenstr. 88, 81675 München,  
Tel.: 089-2721604; Fax: 089-2721605; E-Mail: [Gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:Gegenstandpunkt@t-online.de)

der Linken Lateinamerikas entwickelt. Am 20. Treffen nahmen im August 2014 im bolivianischen La Paz mehr als 650 Vertreter von 180 linken Parteien und sozialen Organisationen aus ganz Lateinamerika und der Karibik teil. Die Entwicklung hatte Boliviens Präsident Evo Morales ein Jahr zuvor mit dem Satz charakterisiert: »Im Jahr 1990 war auf diesem Kontinent nur eine einzige linke Partei, nämlich die Kommunistische Partei Kubas, an der Macht, und es gab mit Fidel Castro nur einen einzigen revolutionären Präsidenten. Heute haben wir in einer Reihe von Ländern Präsidenten, die Guerilleros waren und aus den Bewegungen der Gewerkschaften, der Bauern und der indigenen Bevölkerung kommen. Das nennen wir Fortschritt.«

In der Tat: Als die USA auf einem »Amerika-Gipfel« in Miami 1994 die Schaffung einer Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) beschließen ließen, war das nicht eingeladene Kuba noch allein. Das erklärte Ziel von ALCA bestand darin, 800 Millionen Menschen in 34 Ländern von Alaska bis Feuerland in eine einzige Handels- und Wirtschaftszone unter dem Einfluss der USA zu integrieren. Ab 2005 sollte der größte gemeinsame Markt der Welt – frei von allen Fesseln nationaler Bestimmungen wie Umwelt- und Sozialstandards – entstehen.

Doch zwischen dem Beschluss im Jahr 1994 und dem geplanten Start im Jahr 2005 veränderte sich Lateinamerika von Grund auf. Am 6. Dezember 1998 wurde Hugo Chávez mit 56,5 Prozent zum Präsidenten Venezuelas gewählt. Einen Monat später besuchte er erstmals als gewählter Staatschef Kuba. Fidel Castro und Hugo Chávez geißelten ALCA als Versuch, »die Macht der multinationalen Konzerne und der Eliten, die unsere Länder lange Zeit beherrscht haben, zu konsolidieren«. Als Gegenpol dazu entwickelten sie in den folgenden Jahren das Konzept der »Bolivarischen Alternative für die Völker Unseres Amerikas« (ALBA), mit dem Ziel eines solidarischen Austausches und der Zusammenarbeit. Am 14. Dezember 2004 unterzeichneten Castro und Chávez in Havanna das erste Abkommen im Rahmen der ALBA, die damit als gegründet galt. Später schlossen sich weitere Länder dem Bündnis an, dessen Name 2006 um den Zusatz »Handelsvertrag der Völker« (TCP) ergänzt wurde. Auf Antrag von Chávez benannte sich die »Alternative« im Jahr 2009 in »Allianz« um, was die gefestigten Strukturen und neuen Aufgaben widerspiegeln sollte. Der konkret gegen ALCA geführte Kampf war seit 2005 gewonnen, als das Projekt im argentinischen Mar del Plata beendigt worden war.

Im Jahr 2015 gehören der ALBA, die sich über eine Fläche von gut 2,5 Millionen Quadratkilometern erstreckt und eine Gesamtbevölkerung von 69,5 Millionen Einwoh-

nen umfasst, elf Staaten Lateinamerikas und der Karibik als Mitglieder und mehrere weitere als Beobachter an. Doch der Einfluss des Bündnisses reicht weit über den Kreis der direkten Mitglieder hinaus.

### Ärzte in aller Welt

Zu diesem Erfolg hat Kuba maßgeblich beigetragen. Nicht erst seit der ALBA-Gründung engagierte sich die sozialistische Karibikinsel in bislang 66 Ländern mit Gesundheitsmissionen. Rund 50.000 kubanische Mediziner behandeln Menschen in den ärmsten Regionen der Welt. Die USA versuchen noch heute, deren Arbeit mit dem eigens dafür geschaffenen Programm »Cuban Medical Professional Parole« zu sabotieren. Mit dieser Kampagne soll kubanisches medizinisches Personal bei Auslandseinsätzen »abgeworben« und mit finanziellen Anreizen zur Emigration in die USA gelockt werden. Doch nur eine verschwindend kleine Zahl kubanischer Ärzte ließ sich bislang auf solche Abenteuer ein. Dagegen sind in den vergangenen Jahren hauptsächlich von Medizinern der Insel rund drei Millionen Menschen in zehn Ländern durch das ALBA-Hilfsprogramm »Misión Milagro« vor dem Erblinden bewahrt worden. Zigtausende Kranke werden nach Kuba geflogen und dort kostenlos behandelt. Zudem fördert Havanna trotz US-Blockade und eigener ökonomischer Probleme die Ausbildung von Ärzten und Spezialisten im Gesundheitswesen. Zehntausende junge Menschen aus Ländern, in

denen ein Medizinstudium vor allem den Angehörigen der Oberschicht vorbehalten ist, erhalten in der am 15. November 1999 auf Initiative Fidel Castros gegründeten Lateinamerikanischen Hochschule für Medizin (ELAM) in der Nähe von Havanna Studienplätze und Stipendien. Ausbildung, Unterkunft, Verpflegung und Unterrichtsmaterialien zahlt der kubanische Staat. In seiner Eröffnungsrede zum 13. Gipfeltreffen der ALBA-TCP, das zum zehnten Jahrestag der Gründung am 14. Dezember 2014 in Havanna stattfand, wies Kubas Präsident Raúl Castro darauf hin, dass bereits »mehr als 23.000 Ärzte als Ergebnis dieser Zusammenarbeit ihr Studium abgeschlossen« haben. Nach Ausbruch der Ebola-Epidemie in Westafrika startete die wohlhabende »westliche Staatengemeinschaft« im vergangenen Jahr noch wie das Kaninchen auf die Schlange, als Havanna im Rahmen eines ALBA-Programms schon Hunderte freiwillige Helfer in die Region in Marsch gesetzt hatte.

Auch die Geißel des Analphabetismus wurde mit Havannas Hilfe erfolgreich bekämpft. Mit dem Programm »Yo sí puedo« (Ja, ich kann es) lernten Millionen Menschen in aller Welt Lesen und Schreiben. Dank dieses Konzeptes und des Einsatzes kubanischer Pädagogen sind die ALBA-Länder die erste zusammenhängende Region Lateinamerikas, der die UNESCO bescheinigte, den Analphabetismus überwunden zu haben. 2013 zeichnete die Welternährungsorganisation FAO die ALBA-Mitglieder Kuba, Venezuela, Nica-

ragua sowie St. Vincent und die Grenadinen aus, weil sie das von dieser Unterorganisation der Vereinten Nationen beschlossene Ziel, bis 2015 Hunger und Unterernährung zu halbieren, bereits zwei Jahre vorher erreicht hatten.

Ihren zehnten Geburtstag feierte gerade die ebenfalls auf eine Idee Fidel Castros zurückgehende Fernsehstation *TeleSur*. Als Gegengewicht zu den Monopolmedien des Kontinents, die in erster Linie Produktionen und Politik des Nordens verbreiten, nahm der nicht gewinnorientierte lateinamerikanische Nachrichtensender am 24. Juli 2005, dem 222. Geburtstag Simón Bolívars, den Sendebetrieb auf.

Kuba und andere ALBA-Länder profitieren ökonomisch nicht zuletzt vom Petrocaribe-Abkommen, das 18 Staaten der Region die Lieferung von venezolanischem Erdöl mit einem Preisnachlass, langfristigen Zahlungszielen und der Möglichkeit zur Zahlung mit Gütern und Dienstleistungen garantiert.

Die Gründung der ALBA war nur der erste Schritt des Integrationsprozesses, dem im Februar 2010 als bisheriger Höhepunkt die Konstituierung der »Lateinamerikanischen und Karibischen Staatengemeinschaft« (CELAC) folgte. Diese Organisation, die eine Gesamtbevölkerung von über 550 Millionen Menschen repräsentiert, besteht aus 33 Mitgliedsländern – allen souveränen Staaten des Doppelkontinents mit Ausnahme der USA und Kanadas. Die CELAC gilt als Alternative zur 1948 von den USA initiierten und dominierten OAS.



Eine kubanische Ärztin untersucht 2011 in Venezuela eine schwangere Frau

ANZEIGE

## Internacionalismo latinoamericano

Die Gründung des Staatenbundes ALBA im Jahre 2004 durch Cuba und Venezuela eröffnete neue Perspektiven der Kooperation. Von Anfang an angelegt, die Lebensbedingungen der Unterprivilegierten zu verbessern, folgten die Beseitigung des Analphabetismus, Gesundheitskampagnen und der Aufbau von kostenloser Gesundheitsversorgung. Dabei waren die cubanischen Erfahrungen und der Einsatz seiner Spezialisten maßgeblich. In allen derzeit 11 beteiligten Ländern wurden, wobei den schwachen besondere Zuwendung zuteil wird, große Schritte aus der Armut gemacht. Welch ein Kontrast zur EU, wo neoliberale Dogmatiker unter deutscher Dominanz an den einfachen Menschen in Griechenland ein Exempel statu-

ieren wollen und das Wort „Gemeinschaft“ zu einem schlechten Witz verkommt!

Ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl und wachsendes Selbstbewusstsein greifen in Lateinamerika Raum. Gegenwärtig versuchen die USA, den cubanischen Sozialismus mit neuen, weicheeren Strategien zu untergraben, während sie Venezuela scharf attackieren. Diese alte Methode „teilen und herrschen“ hat der Präsident Cubas, Raúl Castro, eindeutig zurückgewiesen: „Die Vereinigten Staaten müssen ein für allemal begreifen, dass es unmöglich ist, Cuba zu bestechen oder zu kaufen oder Venezuela einzuschüchtern. Unsere Einheit ist unzerstörbar.“ Cubas Prinzipien und sein Sozialismus sind nicht verhandelbar.



Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.  
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin  
Info@netzwerk-cuba.de · Tel. 030-240 093 38  
Spenden: Postbank Berlin · BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04

Die 43 deutschen Cuba-Soligruppen, die im Netzwerk Cuba zusammenarbeiten, werden durch das cubanische Beispiel inspiriert, dieses ganz besondere Land und die begonnene lateinamerikanische Integration zu unterstützen. Wir sammeln Informationen aus zuverlässigen und ernsthaften Quellen und stellen sie im Internet zur Verfügung, um einseitiger oder falscher Berichterstattung in den hiesigen Medien entgegenzutreten. Wir organisieren Vortragsreisen und Kampagnen und sind selbst wiederum Teil der internationalen Solidaritätsbewegung mit Cuba. Für Spenden (steuerlich absetzbar), die uns sehr dabei helfen, unsere Arbeit voran zu bringen, bedanken wir uns.



Infos zu Cuba: [netzwerk-cuba-nachrichten.de](http://netzwerk-cuba-nachrichten.de) und [netzwerk-cuba.de](http://netzwerk-cuba.de)

Es sind 30 Grad in der alten Kolonialvilla in Havanna. Wir fächern uns Luft zu, während sich der Raum, in dem wir in einem Stuhlkreis sitzen, weiter füllt. Wir sind nervös, doch schließlich sind mehr als 30 Jugendliche aus zwölf verschiedenen Ländern unserer Einladung gefolgt. Wir hatten sie vor einigen Wochen während unseres Studiums in der kubanischen Hauptstadt kennengelernt, und es entstand die Idee, sich Zeit für eine internationale Gesprächsrunde zu nehmen. Uns beschäftigte die Frage, warum so viele junge Menschen aus allen Teilen der Welt auf Kuba studieren wollen, und wie die politische Lage in ihren Ländern aussieht.

Es wird ruhig. Héctor aus Chile ergreift das Wort. Er begrüßt uns und erklärt, dass fast alle der Anwesenden an der Lateinamerikanischen Hochschule für Medizin (ELAM) studieren. »Die Schule wurde 1999 von Fidel Castro gegründet. Mittlerweile haben mehr als 24.000 junge Menschen aus über 80 verschiedenen Ländern an dieser Schule ihr Medizinstudium absolviert. Alle kommen aus einfachen sozialen Verhältnissen und müssen für das komplette Studium keinen Peso bezahlen«, erläutert Héctor auf Nachfrage. Dieses kubanische Bildungsmodell sucht weltweit seinesgleichen, doch einen Ableger gibt es bereits. 2006 weihte Hugo Chávez in Venezuela eine Schule mit gleichem Namen und gleichem Grundgedanken ein. Kuba unterstützte die Gründung sowie die gesamte Entwicklung des venezolanischen Bildungssystems und schickte zahlreiche Lehrer und Professoren in das befreundete Land. Selbst Anthony Lake, der aus den USA stammende Direktor der UNICEF, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, sagte im vergangenen März bei einem Besuch der ELAM: »Ich würde mir wünschen, wieder jung zu sein, um dieser Schule beitreten zu können.« Er lobte die Qualität und Philosophie der Hochschule, da sie darauf abziele den »am Bedürftigsten in den abgelegensten Ecken der Welt zu helfen«.

Egal in welcher Krisenregion man sich befindet, fast überall trifft man auf Mediziner, die an der ELAM ausgebildet wurden, bestätigt Héctor stolz. Nach dem schweren Erdbeben in Haiti 2010 haben die Mitgliedsstaaten der Bolivarischen Allianz ALBA die Nachwuchsmediziner auf die Nachbarinsel geschickt, während sie im vergangenen Jahr unter anderem in den von Ebola betroffenen Gebieten Afrikas Menschenleben retteten.

Von denen, die an diesem heißen Nachmittage in Havanna zusammensitzen, hätte sich niemand in seinem Heimatland ein Medizinstudium finanzieren können. Dennoch freuen sich alle auf die ersten Einsätze in ihren Herkunftsorten, wohin die meisten nach dem Abschluss zurückgehen – für einen Sozialdienst, wie ihn die kubanische Hochschule als Gegenleistung für die kostenfreie Ausbildung vorschreibt.

»Wir sahen, wie US-amerikanische Großkonzerne unsere Lebensgrundlage zerstörten und ihre Politiker fortschrittliche Bewegungen in unseren Ländern bekämpften. Sie versuchten so, auch Kuba in Lateinamerika zu isolieren«, erzählt Gabriel aus Honduras. »Wir wehrten uns dagegen, und in den letzten zwei Jahrzehnten ging ein Linksruck durch unser Amerika. Im-



## Solidarität ohne Grenzen

Kuba ermöglicht es Jugendlichen aus aller Welt, in Havanna kostenfrei Medizin zu studieren. **Von Tobias Salin**

mer mehr Bevölkerungen wählten linke Regierungen und sahen Kuba als ihr großes Vorbild. 2004 wurde dann endlich die ALBA gegründet.« Die damals von Fidel Castro und Hugo Chávez als Alternative zu der von den USA betriebenen panamerikanischen Freihandelszone ALCA initiierte »Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas« ist ein Bündnis, das aus mittlerweile elf lateinamerikanischen Staaten mit antiimperialistisch orientierten Regierungen besteht, die für ein unabhängiges, souveränes und geeintes Lateinamerika eintreten. Einige von ihnen haben ihre Bodenschätze und wichtige Unternehmen verstaatlicht und schränken den Handlungsspielraum der Großkonzerne ein. Auch Honduras trat unter der Regierung von Manuel Zelaya dem Bündnis bei, wodurch Gabriel die Möglichkeit zum Studium in Havanna bekam. Nach dem Staatsstreich 2009 beendeten die Putschisten den kurzen Aufbruch des zentralamerikanischen Landes und kündigten auch die ALBA-Mitgliedschaft auf.

Honduras ist nicht das einzige Beispiel dafür, wie die fortschrittliche Politik der ALBA wütende Reaktionen der Rechten hervorruft. Ernesto ist aus Venezuela zum Studium nach Kuba gekommen. In seinem Heimatland gehören Putschversuche und Provokationen der reaktionären Opposition mittlerweile zum Alltag. »Die USA spielen dabei eine wesentliche Rolle, indem sie Venezuela immer wieder verbal, auf politischer und ökonomischer Ebene angreifen.« Erst im März riefen die ALBA-Staaten bei einem außerordentlichen Gipfeltreffen in Caracas die USA auf, ihre Aggressionen gegen die Bolivarische Republik einzustellen. Vor allem müsse Washington das kurz zuvor erlassene Dekret aufheben, das Ve-

nezuela zu einer »Gefahr für die nationale Sicherheit« der Vereinigten Staaten erklärt. Wütend berichtet Ernesto von der künstlich herbeigeführten Lebensmittelknappheit in seiner Heimat und von Angriffen auf Hilfsbrigaden aus Kuba: »Man trifft in Venezuela zahlreiche kubanische Mediziner, Lehrer und Lehrerinnen. Sie sind aus unserem Bildungs- und Gesundheitssystem nicht mehr wegzudenken. Natürlich wissen auch Konterrevolutionäre, was sie für eine wichtige Rolle spielen, und dass das sozialistische Kuba eine Vorbildfunktion für die Bevölkerung von ganz Lateinamerika hat. Deswegen wollen sie den Kubanern, die auf eine Auslandsmission gehen, Angst machen.«

Anschließend ergreift Alberto aus Puerto Rico das Wort. Seine Heimat sei das, »was Kuba ohne die Revolution wäre: eine Neokolonie der USA«. Alle fortschrittlichen Bewegungen seien hier erfolgreich ideologisch, ökonomisch oder mit Waffengewalt bekämpft worden. So habe die Bevölkerung niemals eine eigene Kultur und Lebensweise entwickeln können. Doch das

werde nicht so bleiben, ist sich Alberto sicher: »Kuba ist unsere Bruderinsel, und wir orientieren uns an ihr. Viele von meinen Freunden wollen Teil des ALBA-Bündnisses werden, auch wenn die Herrschenden und allen voran die USA das mit allen Mitteln verhindern wollen. Trotzdem bin ich hier und werde all meine positiven Erfahrungen aus Kuba mit nach Puerto Rico nehmen, um die Stimmen für ein unabhängiges und freies Land noch lauter werden zu lassen.«

Plötzlich klingelt Ernestos Telefon. Am anderen Ende meldet sich René González, einer der fünf erst im vergangenen Dezember nach anderthalb Jahrzehnten US-amerikanischer Haft freigelassenen Aufklärer, der »Cuban Five«. Jetzt könnte man eine Stecknadel auf dem alten, gefliesten Boden fallen hören. Ernesto stellt den Lautsprecher am Handy an, so dass alle die Stimme des in Kuba als Held verehrten René González hören können: »Ich freue mich, dass ihr alle zusammengekommen seid und über ein unabhängiges und souveränes Lateinamerika diskutiert.«

Studenten der ELAM in Havanna vor einem Bild des südamerikanischen Befreiers Simón Bolívar und des kubanischen Nationalhelden José Martí

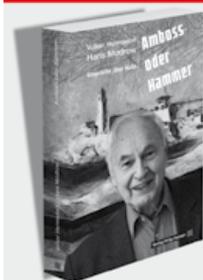
### Hintergrund

2013 reisten 50 Jugendliche aus der Bundesrepublik zur Teilnahme an einem Solidaritätsprojekt der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) nach Kuba. Weil dieser Aufenthalt auf deutscher wie auf kubanischer Seite positive Erinnerungen hinterließ, war es nur konsequent, einen intensiveren Austausch zu organisieren. Ein Jahr später nahm diese Idee konkrete Formen an. Zunächst konnten zwei Studentinnen für zwei Monate in Havanna studieren, dann waren es schon sechs für ein ganzes Semester. Diese Gruppe traf auch die Studenten der ELAM und fing an, regelmäßig über ihre Erlebnisse zu berichten. Der Blog »Berichte aus Havanna« war geboren. Nun soll der Austausch ausgeweitet werden. Die SDAJ und die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba haben das »Proyecto Tamara Bunke« ins Leben gerufen, das Jugendlichen aus Deutschland ein Studium und die politische Arbeit in Havanna ermöglichen soll.

■ [berichteaushavanna.wordpress.com](http://berichteaushavanna.wordpress.com)

ANZEIG

## Welche Rolle spielt die kubanische Revolution in der Welt?



Ein Zeitdokument, eine Momentaufnahme, eine wertvolle Informationsquelle und viele Denkanstöße:

»Ost-Politiker« und »West-Journalist«: der DDR-Ministerpräsident traf sich mit dem Linken aus der BRD im nachdenklichen und nachdenkenswertem Gespräch.

**Volker Hermsdorf / Hans Modrow**  
**Amboss oder Hammer**  
Gespräche über Kuba

429 S. | zahlr. s/w-Fotos | 16,- €  
ISBN 978-3-95514-020-5



Verlag Wiljo Heinen

Internet-Laden: [www.gutes-lesen.de](http://www.gutes-lesen.de)

# »Auf dem Weltmarkt herrscht Chaos«

Ecuador versucht, seine Binnenwirtschaft zu stärken und unterstützt Alternativen zur traditionellen Finanzarchitektur. **Ein Gespräch mit Pedro Páez Pérez**

**E**cador gehört zu den vier Ländern mit dem größten Wirtschaftswachstum in Lateinamerika. Präsident Rafael Correa hat dazu gesagt, dass das nicht einfach reines Glück sei. Wie hat Ecuador das geschafft?

Es gibt kein riesiges Wachstum, aber Ecuador unternimmt einen systematischen Versuch, seine eigene Wirtschaft zu stärken. Das Problem für die Drittstaaten ist, dass ihr Wohl wesentlich davon abhängt, was draußen passiert – von den Ölpreisen, der Nachfrageentwicklung, den Kapitalströmen oder den internationalen Zinssätzen. 1980 hing die ecuadorianische Ökonomie zu 30 Prozent von Exporten, Importen und weiteren externen Faktoren ab. Jetzt sind es 80 bis 87 Prozent. Der Grad der Abhängigkeit ist also massiv gestiegen, in ganz Lateinamerika. Das nimmt absurde Formen an: Ein relevanter Teil des ecuadorianischen Zahlungsbilanzdefizits geht auf die Einfuhr von Süßigkeiten zurück. Um diese Abhängigkeiten zu überwinden, wurde jetzt ein Prozess angestoßen, der sich nicht über Nacht vollzieht: die Veränderung der Produktionsweise.

**Wo zeigen sich erste Ergebnisse dieser Neuorganisation der Wirtschaft?**

Spürbar ist der Wandel in der Energieversorgung. Ecuador als erdölproduzierendes Land hat Rohöl exportiert, aber Benzin und alle anderen Derivate importiert. Ein großer Anteil der Energieversorgung basierte außerdem auf Thermoelektrik, betrieben mit teurem importierten Diesel. Eigentlich haben wir ein großes hydroelektrisches Potential, aber der Internationale Währungsfonds und die Weltbank haben die Investition in ein Wasserkraftprogramm untersagt, um Staatsausgaben zu reduzieren. Als man mit dieser Politik gebrochen hat, wurden bereits geplante Projekte wieder aufgenommen. Ab diesem Jahr wird Ecuador sich vollständig selbst mit Energie versorgen können. In den vergangenen neoliberalen Jahrzehnten flossen nur drei oder vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts in öffentliche Investitionen. 2007, im ersten Regierungsjahr

bedeutet, dass jeder Dollar, der für Importe gezahlt wird, physisch aus der internen Zirkulation verschwindet. Letztlich folgen daraus Liquiditätsprobleme. Dazu kommt das Problem der Vertriebskanäle. Diese sind in Ecuador auf die transnationalen Konzerne und die großen lokalen Monopole ausgerichtet, in deren Händen die Produktionsanlagen konzentriert sind. Immer noch kontrollieren große Oligopole die ecuadorianische Ökonomie.

**Was wird dagegen unternommen?**

Die Politik, die in den vergangenen Jahren durch diese neue Regierung praktiziert worden ist, versucht, diese Bedingungen zu verändern. Das Gesetz zur Regulierung und Kontrolle der Marktmacht soll durch die Bevölkerung umgesetzt werden, die Organisation der Zivilgesellschaft. Wir wollen eine Kultur des Konsumentenschutzes schaffen und Rechte stärker mit Pflichten verknüpfen – ohne Paternalismus oder staatszentralistische Visionen. Nicht der Staat soll die Probleme lösen, sondern Konsumentenvereinigungen und Verbraucherkomitees, zu denen sich die Menschen spontan zusammenschließen. In Europa sind das bekannte Vorschläge der Christ- oder der Sozialdemokratie, bei uns nennen das die Unternehmer Kommunismus. Wir wollen die Anreizstruktur auf den Märkten verändern und die Familien- und Kommunalwirtschaft stärken.

**Auf internationaler Ebene entwickeln sich die Dinge mit Wirtschaftsabkommen wie TTIP zwischen den USA und der EU oder TTP in der Pazifikregion aber eher in eine entgegengesetzte Richtung.**

Das ist leider Teil einer absolut nicht nachhaltigen Agenda der gleichen Oligarchie, die mit ihrer Spekulation die Welt in die Finanzkrise geführt hat. Das strukturelle Chaos auf dem Weltmarkt führt dazu, dass Alternativen entstehen wie die Bank des Südens oder die Bank der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

**Die Bank des Südens oder die lateinamerikanische Buchwährung SUCRE sind Projekte, die bereits vor einigen**



Diese Rechnungswährung wird von den Mitgliedsländern des lateinamerikanischen Staatenbündnisses ALBA genutzt. Sie stellt eine sehr wichtige Perspektive dar, die mit dem Monopol des US-Dollars Schluss macht. Die Bemühungen um eine neue regionale Finanzarchitektur werden etwa durch die BRICS-Staaten unterstützt. Jetzt wird sogar die geographische Blockbildung aufgebrochen, beispielsweise mit Übereinkünften zwischen Deutschland und China oder der Zusammenarbeit zwischen

wir die Instrumente dafür, also die Finanzierungsmittel. Wir müssen also die Bedingungen schaffen, die diese Politik ermöglichen. Ein Projekt wie der SUCRE muss nicht erst durch politische Instanzen gehen oder gar als »links« deklariert werden. Es geht nicht darum, dass eine Meinung – die vermeintlich wahrhaft fortschrittliche und revolutionäre – den Ausschlag darüber gibt, wer mitmachen darf. Im Gegenteil: Wir öffnen erst die Projekte für alle, damit die Menschen dann in der Diskussion unvoreingenommen und ohne künstliche Einschränkungen entscheiden können.

Interview: Lena Kreymann

**Ecuadorianische Indígenas 2014 beim Bau eines Hauses**

**Pedro Páez Pérez ist Wirtschaftswissenschaftler und steht der ecuadorianischen Marktkontrolle vor. 2008 bis 2009 war er Mitglied der UN-Expertenkommission zur Reform des Internationalen Währungs- und Finanzsystems**

» In den vergangenen neoliberalen Jahrzehnten flossen nur drei oder vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts in öffentliche Investitionen. 2007, im ersten Regierungsjahr von Rafael Correa, waren es bereits 14 Prozent.

von Correa, waren es bereits 14 Prozent. Erstmals in der Geschichte ist seitdem die Kaufkraft aller Bevölkerungsteile Jahr für Jahr gestiegen. Früher galt das immer nur für die reichsten zehn Prozent.

**Was bedeutet das für die Bevölkerung?**

Eine Verbesserung der Lebensbedingungen, aber gleichzeitig Wachstum und Dynamik für den Binnenmarkt. Wenn man die höheren öffentlichen Investitionen und die Einkommensumverteilung berücksichtigt, sieht man, dass es einen enormen Anstieg der Kaufkraft gibt – eine Chance für die ecuadorianischen Produzenten, die diese bislang leider nicht genutzt haben. Die lokale Produktion wurde nicht wie erhofft ausgebaut. Dahinter steht ein strukturelles Problem. Zu den grundlegenden Schwierigkeiten für eine kleine, offene und abhängige Ökonomie kommt für uns hinzu, dass wir den US-Dollar als Zahlungsmittel verwenden, seit vor über 15 Jahren die Landeswährung Sucre abgeschafft worden ist. Das

**Jahren gestartet worden sind. Was sind aktuelle Schritte, um diese Entwicklung voranzutreiben?**

Man muss das anders sehen: Die Erfolge dieser Einrichtungen zeigen sich erst jetzt. Die Bank des Südens arbeitet beispielsweise noch gar nicht. Aber ihre Prinzipien, die 2007 vereinbart worden sind, spiegeln sich heute in der Verfassung der Bank der BRICS oder der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank wider. Die Idee des SUCRE wird gerade von den BRICS aufgenommen, aber auch in einem Abkommen zwischen Deutschland und China. Diese beiden Länder wollen eine Technik für den Zahlungsausgleich nutzen, die für den SUCRE verwendet wird und bisher allein in Lateinamerika diskutiert worden ist. Diese Projekte zeigen die gemeinsame Ausrichtung verschiedener Kräfte in Richtung einer vernünftigen Krisenbewältigungspolitik.

**Wichtige Anregungen für den SUCRE sind aus Ecuador gekommen. Was ist seine zentrale Bedeutung?**

der Türkei und Russland. Wir können bald über einen SUCRE unter Einbeziehung der EU, der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) oder der CELAC sprechen, über einen SUCRE, der gegen die Umweltkrise oder den Welthunger genutzt werden kann. Das sind Mechanismen, die es ermöglichen, scheinbar unmögliche Projekte zu finanzieren. In der Vorstellungswelt der Spekulanten kommen Arbeit, Entwicklung, Menschlichkeit, die Überwindung von Hunger, Armut und Umweltproblemen gar nicht vor. Der SUCRE oder die Bank des Südens zeigen, wie fürchtbar einfach die Menschheitsprobleme gelöst werden können.

**Diese Mittel sind allesamt Finanzmechanismen. Braucht es darüber hinaus nicht ein politisches Programm, um diese Probleme wirklich zu lösen?** Im Spanischen gibt es ein Sprichwort: Die Hölle ist mit guten Absichten gepflastert. Damit es also nicht nur gute Absichten, sondern echte Möglichkeiten sind, brauchen

ANZEIGEN

**EcoMujer e.V. unterstützt seit einem Jahr ein erfolgreiches Schulprojekt bei Pinar del Río, Cuba, das eine reichhaltige und gesunde Ernährung zum Ziel hat.**

Wir möchten die Projektverantwortliche und Hochschuldozentin Reina M. Rodríguez García zu einer Begegnungsreise im September 2015 nach Deutschland einladen, um Erfahrungen in der urbanen Agrikultur in Veranstaltungen auszutauschen. Vom Süden lernen! Spenden sind erwünscht...

EcoMujer e.V.  
Rochusstrasse 43  
40479 Düsseldorf  
Fon 0211/4957999  
Info@ecomujer.org  
www.ecomujer.org



EcoMujer/ Stichwort Schulgarten  
Stadtparkspkase Düsseldorf  
IBAN: DE51300501100085220101  
BIC: DUSSEDDXXX  
Gemeinnützigkeit ist anerkannt

Erlebnisurlaub in einem außergewöhnlichen Land

## CUBA

Aberenteuerlich  
Bezaubernd  
Unvergleichlich  
Charmant

Active Reisen - Cuba4Travel  
Luitpoldstraße 48 • D-91052 Erlangen / Germany  
Fon: +49 9131 9706 771 • E-Mail: info@cuba4travel.com www.cuba4travel.com

V ielen gilt sie als eine besonders typische Kubanerin. Sie bildet einen Schmelztiegel der Traditionen aus Kunst, Religion und Kultur des Landes, in dem europäische, indigene und afrikanische Einflüsse zusammenkommen. Zu ihrem runden Geburtstag hatte man sie tüchtig herausgeputzt. Und sie wird von Tag zu Tag weiter aufgehübscht. Davon zeugen Baugerüste an heruntergekommenen Kolonialbauten ebenso wie die bereits restaurierte Kirche Iglesia de la Soledad in der Calle República, eines von vielen christlichen Kirchenhäusern hier, oder die neugestaltete Fußgängerzone Callejón de los Milagros mit ihrem Kunstgewerbemarkt und der schicken Bar Casablanca. Im vergangenen Jahr feierte Kubas viertgrößte Stadt Camagüey ihren Fünfhundertsten.

Geboren wurde sie 1514 an der nördlichen Küste, noch als Santa María del Puerto del Príncipe. Doch wegen häufiger Überfälle von Piraten und Korsaren zog sie sich bald vom Wasser ins Landesinnere Zentralkubas zurück. Zwischen Zuckerrohrplantagen und Weideflächen für Rinder fand sie einen sicheren, ruhigen Hafen. Stadt durfte sie sich seit 1817 nennen und den aktuellen, für Deutsche nahezu unaussprechlichen Namen erhielt Puerto Príncipe erst 1903. Heute besitzt die Kommune mit ihren mehr als 300.000 Einwohnern sogar einen Flughafen, doch die meisten Besucher finden über die gerade mal zweispurige Carretera Central, die von 1927 bis 1931 errichtete größte Landstraße, welche Kuba von Westen nach Osten durchquert, hierher.

Statuen der Künstlerin Martha Jiménez auf der Plaza del Carmen in Camagüey



## Besuch bei der alten Dame

In Camagüey ist Kuba ganz bei sich – und auch im Wandel wie das Land. Von Peter Steiniger

### Hunderte Schätze

Auf den ersten Blick wirkt die Stadt noch geduckt und unscheinbar. An den Straßen reihen sich schlichte, einstöckige Häuser mit abgerissener Fassade, vergitterten Fenstern und ziegelgedeckten Dächern. In Kuba ist sie berühmt als Stadt der Kirchen, des Balletts und der bauchigen Tonkrüge (tinajones), die überall zu sehen sind und in denen die Bewohner früher das rare Regenwasser auffingen. Mit dem Labyrinth enger Gassen ihres historischen Zentrums mit seinen zahlreichen Jugendstilgebäuden und anderer Stätten von historischem Wert besitzt die Hauptstadt der größten Provinz Kubas zudem ein Stück UNESCO-Weltkulturerbe. Einer der Gründe dafür, sie aus dem Dornröschenschlaf zu erwecken und zu einem der vorrangigen Entwicklungsprojekte der hiesigen Tourismusindustrie zu machen. Diese zielt vor allem auf devisenbringende Besucher aus dem Ausland. Von Camagüey aus finden sie auch an die Nordküste und die etwa 21 Kilometer langen schneeweißen Traumstrände von Santa Lucia, wo im smaragdgrünen Wasser eines der größten Korallenriffe der Welt liegt. Hier kreuzte schon Hemingway

auf seiner Yacht Pilar und ließ sich beim Fischen und Saufen zu seinem berühmten Roman »Inseln im Strom« inspirieren. Wahre Naturfreunde können bei den Inseln des Sabana-Camagüey-Archipels wilde Delphine und große Kolonien von rosa Flamingos bestaunen.

Zu seinem Glück ist Kuba ein so schönes, von der Natur und mit Sonne gesegnetes Land. Der massive Ausbau des Tourismus war einer der Rettungsanker, der es nach dem Kollaps der Sowjetunion und der Freundsänder in Osteuropa davor bewahrte, nach 1991 im Strudel der Krise unterzugehen. Die Einnahmen aus diesem Sektor sind auch für Camagüey unverzichtbar. Sie sichern einerseits den Erhalt der Altstadt selbst und dienen andererseits dazu, Programme zur sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung voranzutreiben. Zweiseitig bleibt es dennoch: Die Devisenläden mit ihrem so bescheidenen wie überbeuterten Sortiment sind den altertümlichen Bodegas für subventionierte Lebensmittel und einfa-

che einheimische Produkte weit überlegen. Die neuen Geschäfte, Bars und Restaurants, deren Qualität seit der 2008 als »Aktualisierung des sozialistischen Modells« begonnenen Reformen und mit der Zulassung vieler freier Berufe deutlich gestiegen ist, machen die Diskrepanz zwischen Mangel und Wohlstand für viele noch spürbarer. Für wohlhabendere Touristen entstehen aus früheren Palästen im Herzen der Stadt intime Oasen des Luxus. So das neuerstandene Hotel La Sevilla mit nur einer Handvoll exklusiver Gästezimmer in der Calle Cisneros, das mit seiner Architektur und wunderschönen Glasmalereien Zeugnis vom spanischen Einfluss in der Kolonialära ablegt.

### Private Triebkräfte

Besser leben wollen auch die Kubaner selbst. Sie sehen sich nicht als Statisten im Museum einer in die Jahre gekommenen Revolution, das westlichen Besuchern so reizvoll erscheint. Die neben dem US-Embargo hier oft beklagte Selbstblockade

löst sich, die Zeitkapsel bricht auf. Die jüngsten Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zum großen, feindlichen Nachbarn sind dabei nur ein Faktor. Neben staatlichen Impulsen spielt auch die private Initiative eine wachsende Rolle. Statt Rum schlucken und abwarten heißt es nun anpacken. Ob Havanna, Camagüey oder Santiago de Cuba: Überall ist zu beobachten, wie kleine Existenzgründer Fassaden verschönern, ja, sogar den Müll von der Straße räumen oder Stolperfallen auf den Gehwegen vor ihren Geschäften beseitigen. Über diesen Punkt bereits hinaus ist Edel Izquierdo Fernández, der an der Plaza de San Juan de Dios, einem gepflasterten Platz mit bunten Häusern, der vollständig aus der Kolonialzeit stammt, das Restaurant »1800« betreibt. Der Name des Lokals geht auf das Baujahr des Gebäudes zurück, das es beherbergt. Gegenüber befindet sich das ehemalige Hospital. Es wurde bereits 1728 errichtet, diente während der Unabhängigkeitskriege als Militärkrankenhaus und ist heute ein Nationaldenkmal und Museum. Das Restaurant mit seiner Topplage, einem tipptoppen, dabei antik wirkenden Interieur, einer vielfältigen Karte und moderaten Preisen zieht ausreichend Gäste für seine 130 Plätze an. Bereits seit drei Jahren ist sein Geschäft nun vollständig privat, berichtet der stolze Inhaber. Früher befand sich in seinen Räumen die Wohnung der Familie. Der Umbau erfolgte mit viel Eigenleistung und erforderte großes Organisationstalent. Izquierdos Angehörige arbeiten in der Küche, beim Bedienen der Gäste und hinter dem schönen Holzresen weiterhin mit.

Auch wenn längst nicht alle neuen Selbstständigen – Vater Staat hat seit 2011 Hunderttausende ineffiziente Stellen gestrichen und fordert die Landeskinder auf, als Cuentapropistas, als »auf eigene Rechnung« Arbeitende, ihr Glück zu suchen oder Landwirtschaft zu betreiben – eine vergleichbare Erfolgsgeschichte erzählen können, kommt die wirtschaftliche Belebung bereits im Alltag der Kubaner an. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen nimmt sichtlich zu, die Bauermärkte sind gut bestückt. Mit besonderer Spannung erwartet wird eine »Aktualisierung« in den Portemonnaies alter Kubaner. Neue Scheine zu 200, 500 und 1000 Peso Cubano sind im Umlauf. In immer mehr CUC-Läden wird nun auch die eigentliche nationale Währung, die Moneda Nacional, akzeptiert. Bereits 2013 hatte Präsident Raúl Castro angekündigt, dass die vor 15 Jahren eingeführte konvertible Zweitwährung CUC wieder abgeschafft werden soll. Wieder einmal steht Kuba vor einem schwierigen, großen und notwendigen Schritt.

Infos für Kuba-Reisende: cubainfo.de

ANZEIGEN

**Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!**

Kämpfen lohnt sich weiter:

Für die Aufhebung der US-Blockade und des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU gegen Kuba, für die Rückgabe des US-Militärstützpunktes Guantánamo an Kuba.

Kuba hält an seinem Weg zum Sozialismus fest und es leistet z. B. solidarische medizinische Hilfe in vielen Ländern der Welt.

Kuba braucht unsere Solidarität – wir brauchen Kuba als Hoffnungsträger der fortschrittlichen Welt.

Die Freundschaftsgesellschaft unterstützt Kuba mit konkreten Projekten und Gegenöffentlichkeitsarbeit – helfen Sie uns dabei mit einer Spende für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

**Werden Sie Mitglied!**  
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba - Maybachstr. 159 - 50670 Köln  
mehr Infos: [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)

FG BRD-Kuba; Bank für Sozialwirtschaft, Köln; IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00; BIC: BFSWDE33XXX - Spenden an die FG sind steuerlich absetzbar.

# Mähmaschine und Häcksler

Rund 24 000 Euro Spenden sind bereits eingegangen!

Nun beginnt der Endspurt für unsere Sonderspendenaktion! Bis Ende Juli wollen wir die für den Kauf einer Mähmaschine und eines Häckslers notwendigen 30 000 Euro erreichen. Dann werden wir diese beiden landwirtschaftlichen Geräte kaufen und nach Kuba schicken. Sie werden in unserem Projekt in Mayabeque eingesetzt, um die dort angebauten Futterpflanzen zu ernten und für unsere nachhaltige Milchproduktion zu verarbeiten. **Bitte unterstützen Sie unsere Sonderspendenaktion!**

**Cubasi**

AG in der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: (030) 24 009-455, -456  
berlin@cuba-si.org, www.cuba-si.org

**Wie lernten Sie Che Guevara kennen?**  
 Ich lebte 1956, 1957 schon fünf Jahre im Untergrund und arbeitete für die Partei. Damals kümmerte ich mich darum, einen illegalen Sender in Havanna zu bauen, damit wir auf Probleme oder auf eine revolutionäre Situation reagieren könnten. Wir haben diesen Sender in der tiefsten Illegalität gebaut. Die Einzelteile haben wir in verschiedenen Geschäften zusammengekauft, in Santa Clara und Camagiey, und das Gerät Stück für Stück zusammengeschraubt.

Che Guevara hatte während der Offensive im Westen Kubas Kontakt zur Partei und nannte den Genossen einige zu lösende Probleme. Das waren die Beschaffung von Nahrung und Bekleidung sowie die eines Radiosenders. Daraufhin beauftragte mich die Partei, dass ich mich mit dem von uns gebauten Sender der Guerilla anschließen sollte, um für Che zu arbeiten. Ich bin also auf geheimen Wegen von Havanna ins Escambray-Gebirge gegangen und habe die Sendeanlage mitgenommen. Dort angekommen, stellte ich mich dem Chef der Guerilla vor. Ich erkannte Che sofort, denn er war damals schon als Linker sehr bekannt. Er sagte mir, wozu er die Radioanlage brauchte. Das war mein erstes Treffen mit ihm, so lernte ich ihn kennen, und er teilte mir die Aufgaben zu, die ich für die Kolonne erfüllen sollte.

Meine Mission bestand darin, Kontakt zu anderen Guerillagruppen herzustellen. Und außerdem, was ich noch viel interessanter fand, wollte er einen Rundfunksender eröffnen, um die Bevölkerung zu erreichen. Ich sah mich dazu nicht in der Lage, denn mein Gerät war etwas für Funkamateure, aber er wollte einen stärkeren Sender, um die Massen zu erreichen. Ich habe dann meinen Einwand vorgebracht, aber er sagte nur: Kümmere dich darum!

Ich stellte über mein Funkgerät erst mal eine Verbindung mit Fidel und den anderen Guerilleros her, auch mit Camilo Cienfuegos und mit Kontaktpersonen im Ausland. Wir hatten also ein Kommunikationszentrum sowohl für militärische Zwecke als auch zur Verbreitung von Propaganda für die Bevölkerung auf Kurzwelle.

**Auf welchen Frequenzen sendete die Station?**

In dem für Funkamateure vorbehaltenen Bereich, dem 40- und dem 20-Meter-Band. Dabei hatte ich engen Kontakt mit Che, denn er kam zum Sender, um mit Fidel und den anderen Kolonnen zu sprechen. Auch zur Bevölkerung hat er über den Sender gesprochen. So entstand neben meinen militärischen Pflichten eine Freundschaft zwischen uns.

**Was für ein Mensch war Che?**

Es stand für ihn fest, dasselbe Leben zu führen wie seine Leute. Ein Beispiel: Es wurde für alle Leute, die an einem Ort

# »Meine Pflicht als Kommunist erfüllt«

Che Guevara wandte sich während der Revolution über Radio aus dem Escambray-Gebirge an die Bevölkerung. Den Sender hatten Aktivisten der Sozialistischen Jugend gebaut. **Ein Gespräch mit Hiram Prats Labrada**



zusammen waren, recht rustikal gekocht. Che weigerte sich zu essen, solange nicht der letzte aus der Truppe auch sein Essen bekommen hatte. Und er ließ auch nicht zu, dass ihm Privilegien gewährt wurden. Dazu möchte ich zwei Beispiele erzählen.

Einmal kam ein Mann, ein Bauer, mit einem Sack voll Orangen, um sie Che als Geschenk zu überreichen. Er sagte diesem Bauern: Nimm die Apfelsinen und gib je-

dem Mann aus der Truppe eine, und wenn dann noch eine übrig ist, gib sie mir!

Ein anderes Beispiel: Nach dem Sieg der Revolution kam ein Mann zu Ches Kommandantur, als ich dort gerade mit dem Comandante Dienst hatte, und überbrachte eine Kiste mit Zigarren. Wieder sagte Che, er solle jedem der Anwesenden eine davon geben und ihm die letzte, wenn dann noch eine übrig sei.

Später, als sein Haus schon fertig war, sprach er einen Koch an, der in dem Haus beschäftigt war, weil es einfach zuviel zu essen gab. Der sagte ihm, dass Che eine besondere Ration zugeteilt worden sei. Das verbot er sofort. Er wolle dasselbe essen, mit dem auch die Bevölkerung auskommen musste.

Noch ein Beispiel, das ich erzählen möchte: Nach einem kleinen Gefecht, bei dem mehrere Soldaten von Batista verwendet worden waren, wurden diese in die Arztstation gebracht. Es waren nicht genügend Ärzte da, deshalb operierte Che selbst einen der Verwundeten. Der feindliche Soldat war bei Bewusstsein und sah diesen Mann die Operation durchführen. Er fragte daraufhin einen anderen, wer ihn denn da operiere, und als er die Antwort erhielt, dass es Che sei, war das für ihn ein Schock. Über Che wurde verbreitet, dass er ein Mörder, ein Bandit sei.

Als Militär möchte ich dazu sagen: Wenn ein Soldat seinen Chef bewundert und ihm gehorcht, zeigt das, dass es sich um einen guten Chef handelt. Wenn aber ein feindlicher Soldat den Gegner und

dessen Chef bewundert, dann wächst die Bewunderung für diesen Chef noch weiter. Das passierte in der Armee häufig, wenn es Verletzte gab und Che sie besuchte. Er interessierte sich für ihren Gesundheitszustand – und das sprach sich in der feindlichen Armee herum.

Ich hatte bis 1960 oder 1961 Kontakt zu Che, dann wurde er unterbrochen, weil ich ins Ausland geschickt wurde und ein Jahr in Belgien verbrachte. Anschließend stand ich wieder bis 1964 als Freund und als Militär mit ihm in Verbindung. Ich war auch mehrfach in Deutschland: in Köln, Berlin, Karl-Marx-Stadt, Schwerin. Immer auf Arbeit, fast nie als Tourist.

Einmal war ich in Belgien und nahm einen Zug nach Köln. Dort stieg ich an Bord eines der Schiffe der Weißen Flotte und fuhr bis Koblenz. Eine sehr schöne Landschaft, ich habe die Loreley gesehen.

**Woher stammte Ihre Überzeugung, dass es richtig war, Che Guevara mit Ihrer Technik zu helfen?**

Ich habe ganz einfach meine Pflicht als Kommunist erfüllt. Ich habe gegen die in Kuba herrschende Diktatur gearbeitet, und ich konnte eine Rolle erfüllen, die meinem Beruf entsprach. Ich habe Elektroingenieur studiert und dann im Rahmen meiner Möglichkeit eine wichtige Aufgabe im Interesse der Guerilla erfüllt.

**Und diese kommunistische Überzeugung ...**

... habe ich von meiner Familie. In meiner Familie gab es immer Aufgeschlossenheit für fortschrittliche Ideen. Durch dieses Umfeld in meiner Familie und durch meine Ausbildung als Student habe ich mich immer der Linken angeschlossen. Schon meine Großeltern und deren Geschwister waren »Mambises« in Kubas Unabhängigkeitskriegen. Diese revolutionäre Tradition wurde in der Familie bewahrt. Ich war seit 1953 aktiv in der Sozialistischen Jugend, wobei ich schon vorher Kontakt zu den Mitgliedern dieser Organisation hatte.

**Wenn Sie heute mit Jugendlichen sprechen – was wünschen Sie sich von den jungen Generationen?**

Die Jugendlichen von heute haben vor allem nicht das erlebt, was ich erlebt habe: den Kampf, das Elend, die Morde, die Verbrechen. Sie haben nicht gesehen, was eine Tyrannei ist. Sie mussten nicht um ermordete oder von der Polizei misshandelte Kollegen oder Freunde weinen. Diese Jugendlichen haben andere Ideen, sie denken anders, sind unabhängiger von der politischen Frage. Sie stehen nicht so unter Druck, sie haben nicht die Bedürfnisse, die wir als junge Leute hatten. Hinzu kommt die sehr starke kapitalistische Propaganda aus dem Ausland, und diese zieht einige an oder verwirrt das Denken mancher Leute.

Ich denke, dass es logisch ist, dass sich einige nicht für das interessieren, was wir erlebt haben. Als ich jung war, erzählte mir mein Großvater Ereignisse aus dem Krieg um die Unabhängigkeit, und mir kam das wie Sagen aus der Märchenwelt vor. Heute passiert dasselbe, die jungen Menschen von heute leben weit entfernt von unserer damaligen Lebenswelt, ohne solches Elend, solche Not und solche Schwierigkeiten.

Interview: Gudrun Schmidt

**Hiram Prats Labrada kämpfte in der Jugend der Sozialistischen Volkspartei (PSP), der damaligen kubanischen kommunistischen Partei, im Untergrund gegen die Batista-Diktatur und wurde ein enger Mitstreiter des legendären Comandante Ernesto Che Guevara.**

**Hiram Prats Labrada (hinten) mit Che Guevara Ende 1958 an ihrer Funkstation im Escambray-Gebirge**

ANZEIGE

**Fidel Castro: »Ich glaube weiterhin fest daran, dass eine bessere Welt möglich ist.«**

**Und wir tun es mit ihm!  
 Globalisieren wir unsere Solidarität für die gerechte Sache!**



**Vereinigung Schweiz-Cuba  
 www.cuba-si.ch**





Elián González 2010  
in Havanna

REUTERS/ANDRE BERTHOUD/EPIC

## Der richtige Weg

Vor 15 Jahren kehrte der kleine Junge Elián González aus den USA nach Kuba zurück. Heute ist das damalige Kind ein überzeugter Revolutionär. **Von André Scheer**

Mitte Juli fand in Havanna der zehnte Kongress des kubanischen Kommunistischen Jugendverbandes (UJC) statt. Zu den Delegierten der Provinz Matanzas gehörte Elián González, der als Kadett der kubanischen Streitkräfte an der Camilo Cienfuegos-Universität von Matanzas studiert, um anschließend als Ingenieur eine Laufbahn in der Armee einzuschlagen. International bekannt wurde der junge Mann vor anderthalb Jahrzehnten, als der damals Fünfjährige in das Zentrum monatelanger Auseinandersetzungen zwischen den USA und Kuba geriet.

Das Drama, dessen Zeuge die Welt damals wurde, ist ohne die Migrationspolitik der USA in den 90er Jahren nicht zu verstehen. Wegen der durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ausgelöst und durch die Blockade der Insel durch Washington verschärften Wirtschaftskrise wollten nicht wenige Menschen ihr Glück in den USA versuchen. Doch die Interessenvertretung Washingtons in Havanna gewährte nur wenigen Antragstellern Visa für die legale Einreise. Zugleich aber garantierte das US-Gesetz »Cuban Adjustment Act« jedem Kubaner ein Aufenthaltsrecht in den Vereinigten Staaten, wenn er das Territorium des Landes erreichte. Konkret zwangen die US-Behörden damit die Menschen zu einer gefährlichen Reise über das Meer. US-Propagandasender heizten die Lage weiter an, indem sie die Gefahren der Überfahrt kleinredeten. So aufgehetzt, überfielen Kriminelle mehrere Fähren, um sie in die USA zu entführen. Andere wagten die Überfahrt in alten Booten oder gar

an Autoreifen geklammert. Wie viele von ihnen diesen Versuch mit ihrem Leben bezahlen, ist unbekannt.

Eines dieser Opfer war die Mutter von Elián González, Elizabeth Brotons. Ende 1999 lebte sie getrennt vom Vater des kleinen Jungen, Juan Miguel González, bei dem Elián die meiste Zeit lebte. Am 21. November des Jahres holte Brotons ihren Sohn bei seinem Vater ab – angeblich zu einem Picknick. Tatsächlich jedoch ging sie mit dem Kind und ihrem neuen Lebensgefährten sowie etwa zehn weiteren Menschen an Bord eines kleinen, altersschwachen Bootes, um die Überfahrt in die USA zu wagen. Auf hoher See geriet das Boot in ein Unwetter und sank. Nur drei der an Bord befindlichen Menschen überlebten die Katastrophe. Einer von ihnen war Elián, der sich an einen Autoreifen klammern konnte und tagelang im Meer trieb. Am 25. November wurde er von Fischern gerettet und an Land gebracht. Im Krankenhaus suchte ihn sein schon lange in den USA lebender Großonkel Lázaro González auf, der ihn zuvor nur einmal im Leben gesehen hatte. Er beantragte bei den Behörden, dem Jungen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für die Vereinigten Staaten zu gewähren. Eliáns Vater forderte jedoch, das Kind zu ihm zurückzuschicken. Er bat die Regierung in Havanna um Hilfe, weil die Mutter den Jungen entführt habe. Das kubanische Außenministerium kontaktierte daraufhin die US-Behörden, doch diese lehnten es zunächst ab, das Kind nach Hause zu lassen.

Daraufhin begann in Kuba eine großangelegte Kampagne. Der damalige Präsident Fidel Castro stellte sich an die Spitze einer

Massenbewegung, die zu Hunderttausenden auf die Straße ging, um die Rückkehr des Jungen zu fordern.

Am 5. Januar entschied die US-Einwanderungsbehörde, dass Elián seinem Vater zurückgegeben werden solle. Doch die von den antikommunistischen Gruppierungen in Miami unterstützte Familie des Großonkels verhinderte die Ausreise durch juristische Manöver.

Am 6. April durfte Eliáns Vater in Begleitung seiner neuen Frau und seines sechs Monate alten Sohnes in die USA reisen. Die Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung (CANF) und andere antikommunistische Gruppen äußerten öffentlich die Hoffnung, dass Juan Miguel González sich »ohne den Druck, den bisher das castristische Regime auf ihn ausgeübt hat« dazu entschließen könnte, selbst in den USA zu bleiben. Doch der blieb sich und seiner Heimat treu.

Nachdem es bei wochenlangen Verhandlungen keine Fortschritte gab, stürmten am 22. April bewaffnete Einheiten der US-Einwanderungsbehörde das Haus der exilkubanischen Verwandtschaft in Miami und holten den Jungen heraus. Einen Tag später, am Ostersonntag des Jahres 2000, konnte Juan Miguel González seinen Sohn wieder in die Arme schließen. Die Familie wurde auf einem US-Militärgelände in Wye River von der Öffentlichkeit abgeschottet untergebracht, während die juristischen Auseinandersetzungen weitergingen. Erst am 28. Juni endete das Tauziehen, als der Supreme Court eine letzte Eingabe gegen die Ausreise Eliáns ablehnte. Noch am Nachmittag desselben Tages verließ Elián mit seinem Vater, dessen Frau und kleinem

Sohn Washington mit Ziel Kuba.

15 Jahre später berichtete der inzwischen 21jährige Elián González im Gespräch mit *Radio Rebelde*, dass er bei der Ankunft am Flughafen von Havanna zu seinem Vater gesagt habe, dass er wieder in Kuba sein wolle. Kuba war für ihn damals seine Heimatstadt Cárdenas. »Ich verstand nicht, was passierte. Ich wollte nur zu Hause sein, jeden Tag die gewohnten Menschen und meine Freunde sehen.« Auch heute noch zeigt er sich beeindruckt von der damaligen Massenbewegung in seiner Heimat: »Ein ganzes Volk, die Kinder, sind auf die Straße gegangen, um zu fordern, dass ich heimkehre«, sagte er Ende Juni. »Diese Kinder kamen mich nicht, und so ist die Verpflichtung sehr groß, und dieser muss ich das ganze Leben lang konsequent folgen. Wann immer mich das kubanische Volk und vor allem die Revolution braucht, bin ich da.« Elián ist aktiv in den Komitees zur Verteidigung der Revolution und im Kommunistischen Jugendverband. Er hat sich für eine Laufbahn in der kubanischen Armee entschieden. Im Dezember 2013 führte er die kubanische Delegation bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Quito an und prangerte bei dem in deren Rahmen stattfindenden Antimperialistischen Tribunal die Blockade der USA gegen seine Heimat an. »Mein Papa hat Millionen von Dollar ausgeschlagen, nur um mit seinem Sohn in dem Gespräch mit *Radio Rebelde*.« Die Liebe eines Volkes ist eine moralische Frage, eine Frage der Aufrichtigkeit. Und das bedeutet auch, Revolutionär zu sein. Das ist der richtige Weg. <

ALBA erscheint als Spezial der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH. Redaktion: André Scheer (v.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Sabine Koschmieder-Peters, Gestaltung: Michael Sommer

ANZEIGEN

FBK Freundschaftsgesellschaft Berlin - Kuba e. V.

**3 Wochen Aktiv-Reise**  
in den Botanischen Garten von Pinar del Rio (Kuba)

**Mitte Okt. - Anfang Nov. 2015**

Erleben Sie bei gemeinsamer Arbeit im Botanischen Garten und einem ausgewählten Besuchsprogramm die Freundschaft kubanischer Menschen

weitere Infos und Anfragen sowie Anmeldung unter:  
0176-34080823 und [brigaade@fg-berlin-kuba.de](mailto:brigaade@fg-berlin-kuba.de)

FBK FREUNDSCHAFTSGESellschaft BERLIN - KUBA e.V.  
Calleleta de Casa (c/o) Gärten Olga Benario  
Hilfsstr. 200, 12063 Berlin

**SCHROPP**

Ihr Fachhandel für Globen und Landkarten

Hardenbergstr. 9a | Tel. 030-23 55 73 20 | Mo - Fr 10 - 20 Uhr  
10623 Berlin | [www.schropp.de](http://www.schropp.de) | Sa 10 - 18 Uhr

Die Solidarität mit Kuba geht weiter!

**Solare Elektrifizierung der Häuser und sozialen Einrichtungen für 121 Kaffeebauern und ihre Familien in den Bergen der Provinz Artemisa**

KarEn startet ab diesem Jahr in den Bergen von Artemisa in 6 Gemeinden, die ohne Elektrizität leben, über 120 Wohnhäuser, Schulen, Arzthäuser und Sozialklubs mit Solarstrom aus, um ihre schwierigen Lebensbedingungen zu verbessern und junge Leute für den Kaffeeanbau in den Bergen zu motivieren.

Wir benötigen für dieses Projekt **284.000 €**.  
Bis Ende Juni wurden **50.633 €** gespendet, vielen Dank!

Deshalb unsere Bitte an die Freunde Kubas:  
**Spenden Sie für dieses lebensverbessernde Projekt!**

**KarEn**  
VEREIN ZUR FÖRDERUNG  
ALTERNATIVER ENERGIEN  
IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto **KarEn e.V.**  
Kennwort: Elektrifizierung Bergdörfer  
Postbank Berlin, BLZ 10010010  
Konto: 589463104  
IBAN DE 78 100 100 100 589 463 104, BIC BPNKDEFF  
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70  
E-Mail: [karen@karen-berlin.de](mailto:karen@karen-berlin.de) [www.karen-berlin.de](http://www.karen-berlin.de)

Die Tageszeitung **junge Welt**

**Drei Wochen gratis testen!**

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen kostenlos lesen.  
Das Abo endet automatisch.  
Bestellungen ins Ausland auf Anfrage

Frau  Herr

Vorname \_\_\_\_\_  
Name \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: [abstueckungswelt@v8w.de](mailto:abstueckungswelt@v8w.de) oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Rosowener, Torstraße 8, 10719 Berlin). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 8, 10119 Berlin. Fax: 030/53 63 55 44**